

13.3.89

LES VERTS EUROPEENS - DIE GRÜNEN IN EUROPA - THE EUROPEAN GREENS - I VERDI
EUROPEI - DE EUROPESE GROENEN - EUROOPAN VIHREÄT-DE GRÖNA I EUROPA - DE
GRONNE I EUROPA - OS VERDES EUROPEUS

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER GRÜNEN IN EUROPA ZU DEN WAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN
PARLAMENT 1989

P R Ä A M B E L

Wir, die Grünen in Europa, streben ein neues Konzept für das Europa der Zukunft an: ein Europa mit autonomen Regionen und ohne Grenzen. Unser Europa wäre dezentralisiert und hätte eine demokratische Gesellschaftsordnung im Einklang mit ökologischen Grundsätzen - zum Beispiel autonome Regionen, lokale Produktion für den lokalen Bedarf unter Anwendung energiesparender und umweltfreundlicher Produktionsverfahren. Wir bemühen uns um internationale Zusammenarbeit auf breiter Basis, wo immer dies notwendig ist, um unsere gemeinsamen Probleme zu lösen und möchten den gegenseitigen kulturellen Austausch so weit wie möglich fördern.

Die grünen Parteien setzen sich ein für ein Europa der Regionen ohne Militärbündnisse, für eine ökologische, soziale und demokratische Entwicklung und für ein europäisches Haus, das nur in gemeinsamer Anstrengung aller Völker Europas verwirklicht werden kann. Dieses Ziel ist weder in einem Europa, das in Blöcke aufgeteilt ist, noch in einer Supermacht Westeuropa noch mit dem bestehenden wirtschaftlichen Nord-Süd-Gefälle zu erreichen.

Die Grünen in Europa befürchten, daß der einheitliche Binnenmarkt nicht ökologisch sein wird. Der Grundgedanke des "Projekts 1992" besteht darin, eine neue wirtschaftliche und militärische Supermacht in Westeuropa zu schaffen. Sein Hauptziel einer Konsumexpansion ist ganz und gar unhaltbar und eigentlich schon zum Scheitern verurteilt. Die Bürger und die Umwelt in Europa werden dafür einen hohen Preis zahlen müssen.

30 Jahre lang hat die Europäische Gemeinschaft den Begriff des "Europa der Wirtschaft" als einzig mögliches Konzept für Europa angesehen. Wir kandidieren für das Europäische Parlament, weil wir eine andere Vorstellung von Europa haben.

Grundlage für die Zusammenarbeit in Europa sollte vor allem die Vorstellung von Europa als einer Biosphäre sein. Bereits vorhandene Institutionen wie die KSZE oder der Europarat könnten eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung eines neuen Zusammenlebens aller Länder Europas spielen.

Die neutralen und die blockfreien Staaten könnten zusammen mit den Mitgliedstaaten der EFTA eine neue Dynamik in das Gleichgewicht der Kräfte im heutigen geteilten Europa bringen. Wir haben Verständnis für den Widerstand in der EG wie in Dänemark, und wir lehnen die einseitige Anpassung an die EG, wie sie von Drittländern wie Österreich, Schweden, Finnland und der Schweiz angestrebt wird, ab. Wir unterstützen die grünen Parteien in diesen Ländern in ihrer Opposition gegen den Beitritt zur EG. Ferner kann sich die europäische Zusammenarbeit angesichts des gegenwärtigen Klimas der Perestroika nicht auf Westeuropa und die Nato-Mitgliedstaaten beschränken; vielmehr müssen wir die Gelegenheit nutzen, um den Dialog mit anderen Ländern wie Ungarn, Polen, Jugoslawien, der Tschechoslowakei oder den ehemaligen baltischen Staaten aufzunehmen.

Obwohl wir für das Europäische Parlament kandidieren, sind wir uns des zutiefst undemokratischen Charakters der EG-Institutionen sehr wohl bewußt. Natürlich werden wir unsere "grüne" Vorstellung von Europa nutzen, um die Demokratisierung aller Institutionen voranzutreiben. Zunächst werden wir jedoch ungehinderten Zugang zu allen Informations- und Entscheidungsprozessen der Kommission und des Ministerrates fordern. Unser Leitprinzip ist jedoch, daß kein Entscheidungsgremium auf einer höheren Ebene als absolut notwendig existieren sollte.

Brüssel, Belgien, 13. März 1989

Bruno Boissière
Frankreich

Leo Cox
Belgien

Per Gahrton
Schweden

Sara Parkin
Vereinigtes Königreich

Ko-Sekretäre der Grünen in Europa

Eine lebensfähige Wirtschaft

Die Grünen sind für eine radikale Aufteilung des Reichtums zwischen den Kontinenten und Generationen, nicht nur zwischen den Klassen. Das bedeutet eine Verlagerung der wirtschaftlichen Prioritäten vom Verbrauch zur Erhaltung, weg vom selbstzerstörerischen Wirtschaftswachstum des einheitlichen Binnenmarktes und hin zu lebensfähigen Wirtschaftsregionen.

Der Binnenmarkt 1992 wird einen vorübergehenden klassischen Wirtschaftsaufschwung mit sich bringen, da bestimmte Unternehmen in größerem Maßstab als jemals zuvor Anleihen aufnehmen, expandieren und Werbung betreiben werden. Die erklärten Ziele für 1992 - die Schaffung eines einheitlichen, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen Handelsblocks einerseits und eines Binnenmarkts mit gleichem Nutzen für alle seine Mitglieder andererseits - schließen sich unserer Meinung nach gegenseitig aus. Außerdem zweifeln wir nicht daran, daß die Anforderungen der Weltwirtschaft schwerer wiegen werden als die Forderung nach einem fairen Binnenmarkt und das Verlangen der Europäer nach einer gesunden Umwelt und sozialer Gerechtigkeit. Die Tendenz zur Rationalisierung und Stärkung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, um deren Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu steigern, hat bereits zu höherer Arbeitslosigkeit geführt, einer Verstärkung der ohnehin ärmsten regionalen Ungleichgewichte sowie der Tatsache, daß sich die Industrie über Umweltschutzüberlegungen rücksichtslos hinwegsetzt.

Unserer Meinung nach sollten die Steuern und Sozialabgaben der Arbeitnehmer verringert werden zugunsten von Umweltsteuern auf knappe Güter und Ressourcen sowie auf Produktionsverfahren und Produkte, die umwelt- oder gesundheitsgefährdend sind oder ein krasses Mißverhältnis widerspiegeln, wie dies beispielsweise in den Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt der Fall ist.

Internationale Solidarität

Indem wir in Europa sparsamer und in stärkerem Maße Selbstversorger werden und ähnliche Strategien auch für die armen Länder propagieren, können wir den richtigen Weg zu einer globalen lebensfähigen Wirtschaft freimachen. Die Grünen in Europa setzen sich für eine radikale Streichung der Schuldenlast ein.

Westeuropa gehört heute zusammen mit den Vereinigten Staaten, Kanada, Japan und einigen OPEC-Ländern zu den reichsten Regionen der Welt - einer Welt, in der die Mehrheit der Bevölkerung in Armut und Mangel lebt. Auf etwa 50% der Weltbevölkerung entfallen lediglich 5% des weltweiten Einkommens, fast eine Milliarde Menschen lebt in ständiger Armut oder leidet sogar Hunger. Diese Situation ist das Ergebnis von jahrhundertelanger Kolonisation und politischem und wirtschaftlichem Neokolonialismus. Einige europäische Staaten besitzen sogar immer noch Kolonien.

OR: englisch; vorläufige Übersetzung

Die Mehrheit der Völker der Dritten Welt werden durch die Schuldenlast und die "Strukturanpassungen" des IWF und der Weltbank erdrückt. Das zeigt ganz deutlich das Ungleichgewicht der Kräfte zwischen armen und reichen Ländern trotz ihrer formellen Unabhängigkeit. Die europäischen Länder, Regierungen und Finanzinstitutionen tragen angesichts dieser Situation eine große Verantwortung.

Die Handelsbeziehungen zwischen der EG und den Ländern der Dritten Welt, insbesondere den Ländern mit "Präferenzvereinbarungen" im Rahmen der Abkommen von Lomé, haben diesen Ländern keine Vorteile gebracht. Die Abkommen von Lomé konsolidieren noch die neokolonialen Strukturen im Handel zwischen der EG und den AKP-Staaten, statt den AKP-Staaten eine Entwicklung zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu ermöglichen.

Im Rahmen der gegenwärtigen Verhandlungen über das 4. Abkommen von Lomé sind die Grünen in Europa gegen jede Anpassung der europäischen Politik an die Politik von IWF und Weltbank.

Die Grünen unterstützen ein Verbot des Exports von Abfällen jedweder Art in die Länder der Dritten Welt.

Wir treten auch für das Recht auf Selbstbestimmung ein und unterstützen eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Länder der Dritten Welt auf der Grundlage der Selbstversorgung.

Umwelt

Mit Besorgnis stellen wir fest, daß das Weißbuch die Bestimmungen zum Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit als potentielle Handelshemmnisse ansieht, und bedauern, daß die Artikel in der Einheitlichen Europäischen Akte, die sich mit Umwelt- und sozialen Fragen befassen, im Vergleich zu den Wirtschaftsfragen betreffenden Artikeln vage formuliert sind.

Die Grünen in Europa sind der Ansicht, daß ökologischen und gesundheitlichen Überlegungen höchste politische Priorität eingeräumt werden muß.

Die Grünen in Europa treten für eine gegenüber der Öffentlichkeit verantwortliche, unabhängige und mit angemessenen Mitteln ausgestattete europäische Behörde zur Feststellung von Umweltauswirkungen ein. Ihre Aufgabe wäre es sicherzustellen, daß internationale, von den europäischen Staaten unterzeichnete Vereinbarungen in den verschiedenen Ländern Anwendung finden. Sie sollte ferner Daten über die Qualität der Umwelt in Europa sammeln und überwachen sowie Vorschläge zur Lösung von Umweltproblemen vorlegen.

Dem Recht der lokalen Behörden, die Einfuhr von Gütern aus Umweltschutz- und Gesundheitsgründen zu verbieten, wird wesentliche Bedeutung zukommen, wenn der Tendenz zum ökologischen Ausverkauf entgegengewirkt und stattdessen eine immer stärkere Konkurrenz bei der Schaffung von "Öko-Regionen" gefördert werden soll.

Die Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts in der Nordsee, dem Mittelmeer und in unseren Flüssen wird Maßnahmen erfordern, durch die der Verschmutzung durch das Einleiten von Düngemitteln, Pestiziden und Abwässern sowie das Deponieren von Giftmüll ein Ende gesetzt wird.

Der schnellste, sicherste und billigste Weg zur Verringerung der Luftverschmutzung ist ein ernstzunehmendes Programm zur effizienten Energiegewinnung und zur allgemeinen Reduzierung des Energieverbrauchs.

Energie

Wir fordern daher eine Verlagerung der Forschungs- und Investitionsmittel von der Atomenergie auf erneuerbare Energiequellen (z.B. Sonne, Wind und Wasserkraft), die saubere Verbrennung fossiler Brennstoffe und den Schutz der Umwelt.

Die Grünen in Europa beziehen eindeutig Stellung gegen die zivile oder militärische Nutzung der Atomtechnologie als einer überholten, teuren, unmenschlichen und extrem gefährlichen Technologie, die Umweltprobleme für Tausende von Jahren schafft. Wir sind der Meinung, daß die Staaten mit Atomkraftwerken die Kosten für sämtliche Sicherheitssysteme und Katastrophenpläne tragen sollten, zu deren Einführung sich andere Staaten gezwungen sehen.

Aus diesem Grund wollen die Grünen in Europa Euratom auflösen und alle dafür vorgesehenen Mittel der Forschung und Entwicklung von effizienten und umweltfreundlichen Energiesystemen zukommen lassen.

Verkehr

Wir werden eine europäische Verkehrspolitik fördern, die sich statt auf den Straßen- und Luftverkehr auf eine Reaktivierung vorhandener Wasserwege (Kanäle und Küstenschifffahrt) und ein zusammenhängendes Schienennetz stützt, das weder Kurzstrecken-Hochgeschwindigkeitszüge noch Tunnel durch die Alpen benötigt).

Deshalb sollten Großprojekte, die den Straßenverkehr begünstigen, wie der Tunnel unter dem Ärmelkanal, die Brücke über den Großen Belt in Dänemark, die Scanlink von Oslo nach Hamburg und die Alpentunnel aufgegeben werden.

Biotechnologie

Die Grünen in Europa stehen der Gentechnik sehr kritisch gegenüber. Wir sind gegen die Freisetzung genetisch manipulierter Organismen in die Umwelt, da die damit verbundenen ökologischen Risiken nicht überschaubar sind. Lebewesen dürfen nicht wie Sachen behandelt werden. Eine Patentierung von Pflanzen und Tieren darf nicht zugelassen werden, denn sie bedroht die biologische Vielfalt und die Agrarwirtschaft in der Dritten Welt. Außerdem macht sie die Landwirtschaft weltweit noch abhängiger von den übermächtigen transnationalen Konzernen.

Gentechnik am Menschen, z.B. Manipulationen an Embryos, pränatale Diagnosen und genetisches Screening müssen ethischen Normen unterworfen werden. Nach Meinung der Grünen in Europa muß eine breite öffentliche Diskussion hierüber stattfinden. Die Genforschung und ihre Anwendungen müssen unter Berücksichtigung der damit verbundenen ökologischen, sozialen und ethischen Probleme beurteilt werden.

Landwirtschaft

Die Ergebnisse von dreißig Jahren gemeinsamer Agrarpolitik sind katastrophal. Ziel der GAP ist die Umwandlung der Landwirtschaft in Europa in eine Ansammlung einiger weniger Agrarfabriken. Sie zwingt die Landwirte immer mehr zur Industrialisierung und zu einem immer stärkeren Einsatz von Chemikalien. Diese Industrialisierung der Landwirtschaft ist einer der Hauptgründe dafür, daß immer mehr Pflanzenarten aussterben. Die GAP verstärkt das soziale Ungleichgewicht in der Landwirtschaft. Nicht die Landwirte, sondern die großen Agrarfabriken sind ihre Nutznießer. Lagerung, Verwaltung, Verteilung und Verarbeitung der Überschüsse verschlingen 75% des Agrarhaushalts. Die Unzulänglichkeiten des Systems erhielten durch das schwerwiegende Problem der Betrügereien besonderes Gewicht. Jeder neue Rationalisierungs- und Zentralisierungsschub bringt neue Profite für die Chemie- und die Maschinenindustrie, aber keine Vorteile für die Landwirte und Verbraucher. Die GAP geht zu Lasten einer umweltverträglichen Landbewirtschaftung, dezentralisierter Verteilungssysteme und gesunder Nahrungsmittel. Sie stellt den Versuch dar, die Natur der Industrie anzupassen.

Die Forderungen der Grünen für die Agrarpolitik sind:

- * Unterstützung und Förderung der alternativen Landwirtschaft
- * geringere Verwendung von Pestiziden und Düngemitteln
- * Verbot der Gentechnik
- * Regionalisierung der Agrarpolitik zur Förderung der regionalen Selbstversorgung
- * Abschaffung aller direkten und indirekten Exportsubventionen
- * drastische Reduzierung des Agrar-Außenhandels
- * Garantie gegen überhöhte Preise im Handel mit den Ländern der Dritten Welt
- * Verringerung der Futtermiteleinfluren
- * Schutz der Tiere vor industrialisierten Zucht- und Tierhaltungsmethoden und Maßnahmen gegen den Einsatz von Chemikalien und Hormonen
- * Korrektur am EG-Preissystem, die zu einer strukturellen Verbesserung zugunsten der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe führt und die großen Agrarfabriken benachteiligt.

Frauen und Männer

Die Gleichstellung von Mann und Frau läßt in den meisten Lebensbereichen immer noch auf sich warten.

Wir glauben, daß die Gleichberechtigung der Frauen voraussetzt, daß Männer und Frauen gleichermaßen frei sind in ihren Entscheidungen. Wir wollen konkrete Schritte zur Verwirklichung der Gleichberechtigung wie z.B. Gesetze gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz, in der Familie, in der Gesellschaft, im Unterrichtswesen und im Rechtssystem. Insbesondere fordern wir das uneingeschränkte Entscheidungsrecht der Frauen über ihren Körper, einschließlich der Straffreiheit der Abtreibung. Auch der rechtliche Schutz für vergewaltigte oder sexuell mißbrauchte Frauen und Mädchen muß verstärkt werden - z.B. durch mehr Rechte vor Gericht, Abschaffung der Unterscheidung zwischen Vergewaltigung in und außerhalb der Ehe sowie finanzielle Unterstützung für Frauenhäuser und Nachttaxis.

Wir werden uns deshalb für eine Gesellschaft einsetzen, in der Männer und Frauen wirklich gleiche Rechte haben und die den Frauen die Möglichkeit

bietet, Kindererziehung und ein erfülltes und befriedigendes Leben außerhalb der Familie miteinander in Einklang zu bringen.

Arbeit

Wir meinen, daß den Problemen der Arbeitslosigkeit höchste Priorität eingeräumt werden sollte, da derzeit etwa 10% der Erwerbsbevölkerung arbeitslos ist und mit einem immer stärkeren Anstieg zu rechnen ist, je näher 1992 rückt. Wir werden Maßnahmen fördern, mit denen sichergestellt werden soll, daß die Früchte der Arbeit, ihre guten und schlechten Seiten und die Leistungen für die Arbeitslosen gerechter verteilt werden, und wir werden insbesondere fordern, daß die Gewerkschaften gegenüber transnationalen Arbeitgebern das volle Recht auf Zusammenarbeit auf entsprechender Ebene enthalten.

Wir unterstützen die Bemühungen um eine flexiblere Arbeitszeit, sowohl der wöchentlichen als auch der Lebensarbeitszeit. Jedoch sollte die Wahl neuer Formen der Arbeitsorganisation dem einzelnen überlassen bleiben. Wir betonen, daß zwischen umweltfreundlichen und die Umwelt bzw. die Bevölkerung gefährdenden Arbeitsplätzen unterschieden werden sollte. Als ersten Schritt in Richtung auf eine Aufteilung der vorhandenen Arbeit fordern wir eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Unser Ziel ist eine Umstellung der Industrie auf der Grundlage natürlicherer Produktionsverfahren ohne giftige chemische Bestandteile, der Abfallverringerung und des Recycling.

Menschenrechte

Die Grünen in Europa vertreten die Auffassung, daß alle Mitgliedstaaten die Todesstrafe vollständig und für immer abschaffen und offen gegen die Todesstrafe, wo immer sie angewandt wird, protestieren sollten.

Die Regierungen der Mitgliedstaaten sind zur Zeit dabei, Einschränkungen der staatsbürgerlichen Grundrechte und eine Ausweitung der Polizeikontrolle zu koordinieren. Die Innenminister nehmen an den Sitzungen der sogenannten TREVI-Gruppe (zuständig für Fragen des Terrorismus, des Extremismus und der internationalen Gewalt) teil, in denen es um Nachrichtendienste, Polizeizusammenarbeit und europaweiten Datenaustausch und gemeinsame Überwachung geht. Wir fordern eine parlamentarische Kontrolle aller Sicherheitsdienste.

Von Registrierung, Überwachung und Einschränkungen durch die Polizei sind in allen westeuropäischen Staaten vor allem die ausländischen Arbeitnehmer betroffen. Gestützt auf das sogenannte Schengen-Abkommen können die Regierungen Flüchtlingen, die bei uns um Hilfe und Asyl bitten, die Einreise in die Gemeinschaft verweigern. Wird einem Flüchtling in einem EG-Land das Asyl verweigert, wird ihm auch in keinem anderen Mitgliedstaat mehr Asyl gewährt. Mehr denn je werden die Grenzen für Einwanderer dicht sein. Fast überall in der EG werden Emigranten diskriminiert und oft werden ihnen die meisten demokratischen Rechte vorenthalten. Wir fordern gleiche politische und wirtschaftliche Rechte für in einem Land ansässige Einwanderer und wenden uns gegen jeden Versuch, das Recht von Flüchtlingen auf politisches Asyl einzuschränken.

Geichzeitig erleben wir in vielen Teilen Europas eine Welle von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Der "Europa-Gedanke" entwickelt sich zu Eurochauvinismus. Die grünen Parteien werden eine energische Kampagne gegen rassistische, neofaschistische, antidemokratische und inhumane Bewegungen und Parteien führen und versuchen, breite Bündnisse mit anderen demokratischen und antirassistischen Organisationen zur Schaffung einer europäischen Bewegung gegen Rassismus und Chauvinismus einzugehen.

Abrüstung und Entmilitarisierung

Europa ist heute in zwei schwerbewaffnete Militärbündnisse aufgeteilt, mit nur wenigen neutralen oder blockfreien Ländern. Nach einem Krieg in Europa, ob mit atomaren oder konventionellen Waffen, wäre nichts von dem übrig, was man verteidigen wollte. Die derzeitigen Abrüstungsinitiativen der Sowjetunion sind eine hervorragende Gelegenheit, das Wettrüsten zu beenden und sogar in einen Abrüstungswettlauf umzukehren.

Stattdessen plant die NATO bereits eine neue "Modernisierung" von atomaren, chemischen und konventionellen Waffen. Im Zusammenhang mit dem Aufbau des "europäischen Pfeilers" der NATO sind die westeuropäischen Staaten, insbesondere Frankreich und die Bundesrepublik, dabei, ihre militärische Zusammenarbeit zu verstärken. Zu diesem Zweck wird das Militärbündnis der Westeuropäischen Union (WEU) wiederbelebt und im November 1988 um Spanien und Portugal erweitert. Diese militärische Integration findet immer mehr im Rahmen der angeblich "zivilen" EG statt.

Wir setzen uns für weitestgehende Auflösung der Militärbündnisse zwischen den westeuropäischen Staaten ein. Das logische Endziel der gegenteiligen Entwicklung wäre die Umwandlung der EG in eine nukleare Supermacht unter französisch-deutscher Vorherrschaft. Statt einen neuen Militärblock innerhalb der NATO aufzubauen, sollten die EG-Staaten positiv auf die Abrüstungsinitiativen der Sowjetunion reagieren, entweder gemeinsam oder, wenn dies nicht möglich ist, mit unabhängigen, einseitigen Schritten. Wir werden die Wahlkampagne zu den Europawahlen dazu nutzen, Widerstand in der Öffentlichkeit gegen die wachsende militärische Zusammenarbeit in Europa zu wecken, die Berechtigung der "Modernisierungen" in der NATO in Frage zu stellen und Druck auf die westeuropäischen Regierungen auszuüben, in angemessener Weise auf die Abrüstungsinitiativen der Sowjetunion zu reagieren.

Schlußwort

Die Grünen in Europa werden sich überall darum bemühen, die in dieser Plattform enthaltenen Vorstellungen zu fördern. Wir werden auch die Bürger in Europa auffordern, ihre Sorge um die Umwelt dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie bei den Wahlen zum Europäischen Parlament für die Grünen stimmen. Die Stimmabgabe für die Grünen ist wahrscheinlich sogar die einzige Möglichkeit, der Botschaft Gehör zu verschaffen. Nicht zu wählen oder für eine andere Partei zu stimmen bedeutet, daß die Botschaft ungehört bleibt und eine Stimme verschenkt wird.

Es ist immer noch Zeit, sich bewußt und demokratisch für den Weg der Grünen zu entscheiden. Mehr und mehr Europäer schließen sich uns an. Sie treten damit

für die Erhaltung unserer Erde ein und bekunden ihre Solidarität mit den Armen und ihre Verantwortung für die künftigen Generationen. Sie haben sich für die Politik des Lebens entschieden. Schließen sie sich ihnen und uns an - nur gemeinsam können wir unsere Erde grün machen.

Angenommen von den Grünen in Europa in ihrer Sitzung in Brüssel am 11./12. März 1989